

Gemeinderat beschließt 150.000 Euro für Nuten-Beratungsstelle



Im Wiener Gemeinderat wurden jetzt 150.000 Euro an Förderungen für die Beratungseinrichtung für Prostituierte SOPHIE im 15. Bezirk beschlossen. "Das Angebot umfasst dort psychosoziale Beratung, Unterstützung und Begleitung in verschiedenen Sprachen sowie Beratung bei Schulden, Versicherungsfragen und Fragen der Registrierung bis hin zu Aufenthalt, Arbeitsmarktzugang, Gewalt, Gesundheit, Sexualität und Wohnen, aber auch zum Umstieg und berufliche Neuorientierung", betont Gemeinderätin Mag. Sybille Straubinger, SPÖ ...

"Dieses Projekt ist eine ideale Ergänzung zu den bereits bestehenden Angeboten wie zum Beispiel dem STD-Ambulatorium oder Vereinen wie LEFÖ." Ab 2009 ist auch eine 3-Jahresförderung für den Verein geplant, die der niederschweligen Beratungseinrichtung einelängerfristige Planung ermöglicht.

Grundsätzlich sei das Problem Prostitution auf zwei Ebenen zusehen: Auf der rechtlichen Ebene, regelt das Wiener Prostitutionsgesetz unter welchen Voraussetzungen Prostitution legal ist. Illegale Prostitution zu bekämpfen ist Aufgabe der Polizei, die, auch in Zusammenarbeit mit den Behörden immer wieder Kontrollen in den entsprechenden Grätzeln und Lokalen durchführt. "Wien braucht aber auch dafür endlich mehr Polizisten," fordert Straubinger einmal mehr.

"Auf der sozialen Ebene geht es zum einen um eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Prostituierten, aber auch um die Bevölkerung, die sich durch Prostitution und damit zusammenhängende Probleme wie Lärm belästigt fühlt," betont Straubinger. Zu wenig bekannt sei offenbar, "dass es eine Anzeigemöglichkeit gibt, wenn man von einem Freier belästigt wird." Zudem führt das Ressort von Frauenstadträtin Sandra Frauenberger derzeit ein "Hauptstädtescreening" durch und erhebt, wie andere europäische Hauptstädte diesen Problematik zu lösen versuchen.

Für die Bevölkerung sei jedenfalls die Beratungsstelle SOPHIE ebenso eine Ansprechpartnerin wie für die Prostituierten, darüber hinaus gebe es auch StreetworkerInnen und Projekte wie SAM, die Hilfe leisten. "Wesentlich ist bei diesem Thema, Bevölkerungsgruppen nicht gegeneinander auszuspielen, weil das die bestehenden Probleme nicht löst", schloss Straubinger.